

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Stadtprozelten am Donnerstag, 18.03.2010 im Sitzungssaal im Rathaus Stadtprozelten

Anwesende:

1. Bürgermeisterin

Frau 1. Bürgermeisterin Claudia Kappes

2. Bürgermeister

Herr Roland Kortus

3. Bürgermeister

Herr Rainer Kroth

ab 20.15 Uhr

Mitglieder Stadtrat

Herr FD Walter Adamek

Herr Marco Birkholz

Frau Sibylle Birkholz

Herr Herbert Haider

Frau Regina Markert

Herr Hartmuth Piplat

Herr Wolfgang Roth

Herr Berthold Ruks

Herr Carlo Tauchmann

Schriftführerin

Frau Regina Wolz

Gast

Herr Erhard Eck

Herr Dipl. - Ing. Harald Neu

Herr Christian Schlegel

Ing.-Büro Johann & Eck

Stadtplaner

Ordnungsamt VGem. Stadtprozelten

Entschuldigt:

Mitglieder Stadtrat

Frau Manuela Betz

entschuldigt

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:40 Uhr

1. Bgmin. Kappes eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Einwände zum letzten Sitzungsprotokoll vom 28.01.10 wurden nicht erhoben.

TOP 1.1 SACHSTANDSBERICHT NEUES FEUERWEHRGEBÄUDE/BAUHOF
DURCH HERRN ECK VOM ING.-BÜRO JOHANN & ECK UND BEAUF-
TRAGUNG DER LEISTUNGSPHASEN 5-9

Bgmin. Kappes erläuterte, dass bereits in der Sitzung am 25.06.09 die Leistungsphasen 1-4 vergeben wurden. Diese sind nun abgearbeitet bzw. derzeit laufen auch schon die Vorbereitungen für die Ausschreibungen (Leistungsphase 5). Gleiches gilt für die Arbeiten der Fachbüros, diese wurden ebenfalls nur bis Leistungsphase 4 in der Sitzung am 30.07.09 vergeben.

Bgmin. Kappes übergab das Wort an den Planer Herr Eck. Dieser erläuterte anhand einer PP-Präsentation den bisherigen Sachstand.

Stadtrat Adamek fragte nach, ob der große Kamin noch gebraucht wird.

Herr Eck erklärte, dass dieser nicht mehr benötigt wird; ein Abriss aber sehr teuer sei.

Stadträtin Markert fragte nach, wann mit den Eigenleistungen der Feuerwehr begonnen werden könnte.

Herr Eck erläuterte, dass diese – wie vor Ort abgesprochen – begonnen werden können.

Stadtrat Roth war es wichtig, die Übersicht über die einzelnen Bauabschnitte zu behalten.

Herr Eck erklärte, dass einzelne Blöcke vorgesehen sind (Tore, Stahlbau, Fenster, Rampe, Zwischenwände, Keller).

Stadtrat Piplat fragte nach, ob es nicht möglich sei, da die Fahrzeughalle des Bauhofes herausragt, einige Gebäudeteile nach hinten zu verlagern.

Herr Eck erläuterte, dass die Halle in guter Stahlkonstruktion (Höhe 5 m) noch einer der besseren Gebäudeteile darstellt. Zudem hätte man bei einer Verlagerung Probleme mit dem Brandschutz. Für ihn sei es nur sinnvoll das OG des Behelfsheimes zurückzubauen.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten stimmt dem Architektenvertrag – Gebäude – vom 19.06.2008 mit dem Ing.-Büro Johann & Eck aus Bürgstadt zu und beauftragt die noch ausstehenden Leistungsphasen 5-9 je Anfall und Absprache mit der Stadt.

Gleichzeitig werden die Leistungsphasen 5-9 mit den Fachplanern fp Planungsgruppe aus Bürgstadt (Technische Ausrüstung) lt. Vertrag vom 14.08.09 und dem Ing.-Büro Klein aus Obernburg (Heizung und Sanitär) lt. Angebot vom 13.08.09 beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmbe-rechtigt	für den Be-schluss	gegen den Be-schluss
13	11	11	0

TOP 1.2 GASANSCHLUSS FÜR DAS NEUE FEUERWEHRHAUS/BAUHOF MIT DER FA. EON BAYERN

Bgmin. Kappes führte aus, dass das FFW-Haus und der Bauhof mit einer Gasheizung bestückt werden soll. Hierzu ist noch ein Gasanschluss bei der Fa. eon Bayern AG abzuschließen. Ein entsprechendes Angebot liegt vor:

Anschlussvertrag über netto 2.912,00 €.

Dieser Anschlussbeitrag kann noch durch Eigenleistungen (Erdarbeiten, Wanddurchbruch) verringert werden und ist auch so vorgesehen.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten stimmt der Netzanschlussvertrag Erdgas für das Anwesen Brandenburger Str. 7, (FFW/Bauhof) mit der Fa. e.on Bayern AG vom 23.02.2010 unter Abzug der Eigenleistungen (Erdarbeiten, Wanddurchbruch) zu.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmbe-rechtigt	für den Be-schluss	gegen den Be-schluss
13	11	11	0

TOP 2 STÄDTEBAULICHE ENTWICKLUNG - VORGETRAGEN DURCH DAS BÜ-RO NEU:

Bgmin. Kappes begrüßte den Stadtplaner Herr Neu und übergab diesem das Wort.

Herr Neu erläuterte anhand einer PP-Präsentation die einzelnen Projekte.

TOP 2.1 VORLAGE DER ENTWURFSPLANUNG JUDENTHOR FÜR DEN ZUWENDUNGSANTRAG

TOP 2.2 PLANUNGSSTAND PROJEKT BAHNHOF

TOP 2.3 PLANUNGSSTAND DER TREPPENANLAGE AM BERGWEG

Herr Neu sprach an, dass man die Projekte

- Judenthor
- Treppe Bergweg
- Bahnhof

einen Zuwendungsantrag stellen könnte bzw. dies am Montag, 22.03.10 vor Ort mit Frau Kircher von der Regierung abgeklärt werden kann. Sicherlich wird man auch danach die Materialauswahl treffen.

Im Stadtrat war man sich darüber einig, entsprechende Zuwendungsanträge bei der Regierung zu stellen.

Herr Neu verwies auf die terminliche Umsetzung des Bahnhofs. Man könne dieses Jahr sicherlich planen; mit einer Bauausführung sei aber nicht zu rechnen, da noch Abstimmungstermine mit der Bahn, dem ÖPNV offen sind.

Bgmin. Kappes wies darauf hin, die Parkplatzsituation nicht außer Acht zu lassen.

Herr Neu erklärte, dass man angesichts der Verhältnisse in Stadtprozelten nur kleine Lösungen schaffen kann.

Stadtrat Adamek fragte nach den Kosten für den Platz am Judenthor.

Herr Neu erklärte, dass die Maßnahme sich inkl. eon-Turm auf ca. 200.00,00 € belaufen würde. Die Maßnahme sei über die Regierung mit 60% förderbar.

TOP 3 VERKEHRSBESCHRÄNKUNGEN RINGSTRAÙE

Bgmin. Kappes übergab dem Leiter des Ordnungsamtes, Herrn Schlegel, das Wort.

Herr Schlegel führte aus, dass seit längerer Zeit werden immer wieder Beschwerden über die katastrophale Parksituation in der Ringstraße vorgetragen werden.

In diesem Zusammenhang wurde im März 2009 auch eine Begehung zusammen mit Herrn Winkler von der PI Miltenberg durchgeführt. Nach dessen Aussage reichen grundsätzlich die Regelungen der StVO aus, um den Ver-

kehr ordnungsgemäß zu regeln. Leider scheidet dies offensichtlich an der Vernunft einiger Anwohner. Denn trotz anschließendem Anschreiben an alle betroffenen Haushalte der Ringstraße trat keine Besserung ein.

So wird weiterhin gegenüber Ein- und Ausfahrten und auch in beiden Fahrtrichtungen geparkt, so dass bei einem Notfall Rettungsdienste nicht durchkommen würden.

Nachdem die Regelungen der StVO hier nicht ausreichen, schlägt die Verwaltung vor, bergseitig den überwiegend betroffenen Bereich zwischen Ringstr. 6 und 12 vorübergehend für zunächst zwei Monate mit Verkehrszeichen „Halteverbot“ zu regeln und auch von der Polizeiinspektion Miltenberg überwachen zu lassen.

Der Zuhörer Herr Puchinger fragte in die Runde, wer denn dem Hauseigentümer am eon-Turm am Judenthor den Hausanstrich bezahlen wird.

Bgmin. Kappes erklärte, dass dieser Meinungs austausch in einer Sitzung nichts verloren hätte; aber diese Kosten wohl zu Lasten der Stadt oder eon gehen. Sie bat zur Tagesordnung zurückzukehren.

Stadtrat Haider merkte an, dass er hier dringend Handlungsbedarf sehe, da die Rettungswege freigehalten werden müssen. Er findet es bedauerlich, auf soviel Unvernunft der Anwohner zu treffen.

Stadtrat Ruks bat auch an die Handwerker zu denken, die bei einem Halteverbot weite Wegstrecken zu den Häusern hätten.

Bgmin. Kappes erklärte, dass das Halteverbot nur in einem kurzen Bereich sei und man bei einer Sackgasse auch nicht mit einer hohen Frequentierung rechnen müsse.

Stadtrat Piplat fragte nach, ob nicht die derzeitigen Regelungen für eine polizeiliche Überwachung ausreichen würden.

Herr Schlegel erläuterte, dass man für die Überwachung klare Regeln schaffen müsse. Bei Gegenüberparken kann man schwer feststellen, wer als erster bzw. falsch parkt etc.

Bezüglich des Standorts des Halteverbotes erläuterte er, dass er sich aufgrund der Ausfahrten und der Kurvenlage für die Anwesen 6-12 entschieden habe.

So sei man auf der sicheren Seite.

Stadtrat Roth warnte davor einen Präzedenzfall zu schaffen. Er befürchte, dass man bald alle Straßen mit Verboten versehen muss. Er appellierte nochmals an die Vernunft der Anlieger und ermutigte diese zur Selbsthilfe durch einen Anruf bei der Polizei, die dann Falschparker abschleppen lassen könnte.

3. Bgm. Kroth war der Meinung, dass man die Probleme einzeln betrachten aber ansonsten jede Straße gleichhalten müsse.

Stadtrat Piplat war dafür die Fahrzeuge von der Stadt als Erziehungsmaßnahme abschleppen zu lassen.

Stadtrat Adamek war der Ansicht, dass man sich grundsätzlich festlegen sollte, ob die Stadt aufgrund von Schildern tätig wird oder die Anwohner selbst durch Beibehaltung der bisherigen Regelungen nach der StVO.

2. Bgm. Kortus erklärte, dass die Stadt kein Personal vorhalten könne um Tag und Nacht die Verkehrsüberwachung zu gewährleisten. Da bisher weder Vernunft noch direkte Anschreiben eine Besserung bewirkten, sehe er die Stadt in der Pflicht eine konkrete Regelung zu treffen. Dies sei auch im Interesse der Anlieger.

Stadtrat Adamek sprach sich dafür aus, das Halteverbot für zwei Monate als Signalwirkung zu installieren.

Stadtrat Ruks schlug vor, die Parkflächen einzuzeichnen.

Stadtrat Roth hielt dem das Platzproblem entgegen.

Bgmin. Kappes und Herr Schlegel stellten nochmals klar, dass die Stadt nicht ohne die Polizei abschleppen darf.

Stadträtin Birkholz bat darum die rechtlichen Voraussetzungen zum Reagieren zu schaffen.

Den anwesenden Anliegern der Ringstraße wurde Gelegenheit gegeben, sich zu der Parksituation zu äußern.

Der Anwohner Puchinger sprach die Parkprobleme mit abgestellten Wohnmobilen und Booten an. Seiner Meinung nach dürfe man nicht mit Fahrzeugen die größer sind als 2m auf Straßen parken.

Herr Schlegel erläuterte, dass ihm eine Meter-Regelung nicht bekannt sei; lediglich gelte dies für Fahrzeuge mit einem Gewicht über 7,5t.

Die anwesenden Anlieger erklärten weiterhin, dass die Probleme hauptsächlich vom Mehrfamilienanwesen März ausgehen, die zu viele Fahrzeuge vorhalten und zudem noch Roller, Boote, Anhänger auf die Straße stellen. Zudem habe man bereits nachbarschaftlich angeboten eigene Parkflächen zur Verfügung zu stellen; dies wurde aber ignoriert. Weiterhin gibt es Anwohner die genug eigene Stellflächen und Garagen haben, diese aber zweckentfremden und einfach auf die Straße ausweichen.

Stadträtin Markert gab den Anwohnern recht. Auch ihr falle es schwer die Apothekenlieferungen mit dem Smart in der Ringstraße abzuarbeiten. Sie sprach sich für ein Parkverbot aus.

Die vom Halteverbot betroffenen Anwohner fanden es nicht glücklich, dass sie nicht mehr vor ihrem Haus parken können.

2. Bgm. Kortus verwies auch darauf, dass man Parkplätze auf dem eigenen Grundstück vorhalten kann.

Der Anlieger Herr Müller erklärte, dass er kein Anschreiben von der Verwaltung erhalten habe. Wenn nun durch das Halteverbot jemand vor seinem Anwesen parkt, ist mit Problemen zu rechnen.

Bgmin. Kappes erklärte, dass man auf Besserung hofft und das Halteverbot erst mal ausprobieren sollte.

Stadtrat Piplat und Stadträtin Birkholz waren der Ansicht, dass dieses Halteverbot erst mal als vorübergehend zu betrachten sei; vielleicht reiche das ja schon aus.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten beschließt den ruhenden Verkehr zwischen Ringstr. 6 und 12 vorübergehend für zunächst zwei Monate mit Verkehrszeichen „Halteverbot“ zu regeln und auch von der Polizeiinspektion Miltenberg überwachen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	12	10	2

TOP
3.1

VERKEHRSBESCHRÄNKUNG HOFTHIERGARTEN

Bgmin. Kappes führte hierzu aus, dass der Verwaltung bereits mehrfach vorgetragen wurde, dass die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h am Hofthiergarten überwiegend nicht eingehalten wird.

Eine Anfrage bei dem Ing.-Büro Zühlke in Darmstadt, welche Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung durch Aufstellen von „künstlichen Hindernissen“ bestehen, konnte pauschal nicht beantwortet werden. Hierzu müsse er vor Ort sein, um sich ein Bild hiervon zu machen. Ein solcher Termin mit anschließendem Planungsvorschlag würde ca. 500 € kosten.

Stadtrat Ruks war der Meinung, dass man die Autofahren zwingen müsse, langsamer zu fahren.

Stadtrat Roth sprach sich für eine Verkehrsplanung mit Hand und Fuß aus.

Der Anwohnerin Frau Kappes Marianne wurde diesbezüglich das Wort erteilt.

Frau Kappes erläuterte den Werdegang der Straße vom einfachen Feldweg zur jetzigen Ortsverbindungsstraße. In dieser Entwicklung gingen die natür-

lichen Bremsen bzw. Engstellen verloren und sei nun einer Rennstrecke ausgesetzt. Auch gestalte sich der Zugang zur Bushaltestelle entlang der Straße als gefährlich, da kein Gehsteig vorhanden ist.

Bgmin. Kappes verwies auch hier an die Vernunft der Fahrer. Sie versprach auch die Anwohner vor Ort an der Planung zu beteiligen.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten beschließt das Ing.-Büro Zühlke für einen Ortstermin in Hofthiergarten bezüglich der Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	12	12	0

TOP 4 BEKANNTGABE DER ANGEBOTE - VERTIEFTE STÄDTEBAULICH-DENKMALPFLEGERISCHE UNTERSUCHUNG FÜR DEN ALTSTADTBEREICH

Bgmin. Kappes führte aus, dass mit Beschluss vom 28.01.10 die Verwaltung mit der Ausschreibung beauftragt wurde. Es wurden 4 Büros zur Abgabe aufgefordert; abgegeben haben alle 4.

Dr. Matthias Wieser, Sommerhausen	Brutto 13.085,00 €
Peichl + Metz, Bergheinfeld	Brutto 11.900,00 €
transform, Bamberg	Brutto 11.781,00 €
Christiane Reichert, Bamberg	Brutto 11.194,33 €

Nach der Kostenzusage (Zuwendungsantrag) der Regierung kann mit den Arbeiten begonnen werden. Die Kostenzusage vom Bayer. Landesamt für Denkmalpflege liegt uns bereits vor.

Kostenaufteilung:

günstigster Anbieter:	11.194,33 €
./ 50% Denkmalamt	5.597,17 €
davon ./ 60 % Städtebau Regierung	3.358,30 €
Rest für die Stadt	2.238,87 €

TOP 5 FESTSETZUNG DER REALSTEUERHEBESÄTZE FÜR DAS JAHR 2010

Bgmin. Kappes gab die Stellungnahme der Verwaltung bekannt:

Im Rahmen der Haushaltsgenehmigung 2009 wurde seitens des Landratsamtes Miltenberg der Stadt nachdrücklich geraten, eine Anhebung der Realsteuerhebesätze um mindestens 20% = (ca. 60 Punkte) zu beschließen. Die Beschlussfassung hierüber war als Auflage der Genehmigung des Haushaltes 2009 enthalten.

Die Stadt befindet sich mit ihren Hebesätzen für die Grundsteuern A und B unter dem Landesdurchschnitt. Die Hebesätze der Stadt sind seit 1988 unverändert. Im Jahre 1988 wurde zuletzt die Grundsteuer B von 280 auf 300 v. H. erhöht.

Die Auswirkungen einer –wie vom Landratsamt vorgeschlagenen Erhöhung– wirkt sich

- bei der Grundsteuer A mit ca. 500 € + und
- bei der Grundsteuer B mit ca. 23.400 € + aus.

Bei der Gewerbesteuer ist ohnehin mit rückläufigen Zahlen zu rechnen, so dass eine genaue Aussage zu den Auswirkungen nicht getroffen werden kann (Bei 100.000 € Istaufkommen würde eine 20 %-ige Erhöhung ein plus von ca. netto 16.900 € mit sich bringen).

Die vom Staat beschlossenen Entlastungen der Bürger und Gewerbetreibenden wirken zusammen mit dem ohnehin auf die kommunalen Finanzen durchschlagenden Konjunkturunbruch sich sehr negativ auf das Jahr 2010 aus.

Die Stadt hat allein im Bereich der Einkommenssteuerbeteiligung für das Jahr 2010 mit einem Rückgang von 513.000 auf 425.000 € zu rechnen.

Der vom Landratsamt Miltenberg vorgeschlagenen Erhöhung kann seitens der Verwaltung nur zugestimmt werden.

Zu einer Erhöhung der Gewerbesteuer wird auf die Unterlagen des Bayerischen Gemeindetages verwiesen, aus denen ersichtlich ist, dass sich eine Erhöhung des Hebesatzes bis auf 380 v.H. auf Personenunternehmen nicht negativ auswirkt und für Kapitalgesellschaften keine größeren finanziellen Auswirkungen mit sich bringt.

Im Stadtrat war man sich darüber einig, diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit dem Kämmerer und der Haushaltsberatung in der nächsten Sitzung zu behandeln. Die Hebesätze-Erhöhungen müssten bis 30.06. beschlossen werden.

TOP 6 BERICHT DER BÜRGERMEISTERIN

Bgmin. Kappes berichtete dem Stadtrat im Einzelnen:

a) Wasserzweckverband

Die Verbandsversammlung hat in ihrer letzten Sitzung Umbauarbeiten am

Maschinenhaus in Breitenbrunn in der Größenordnung von 900.000 € vergeben.

Alleine auf die Maschinen- und Elektrotechnik entfällt dabei die Hälfte der Kosten. Die Arbeiten sind notwendig in Bezug auf die Inbetriebnahme der neuen Brunnen, die nach Möglichkeit noch im Oktober erfolgen soll.

Installiert wird auf dem Dach des Maschinenhauses auch noch eine Solaranlage. Die Kosten hierfür decken sich über die Stromeinspeisevergütung.

b) Schulverband Dorfprozelten-Stadtprozelten

Im Rahmen der Energetischen Sanierung des Schulgebäudes wurde die Erneuerung der Heizungsanlage in der Schulturnhalle an die Fa. Neubeck, Dorfprozelten für 59.800,00 € vergeben.

Außerdem wurde der Haushalt für das Jahr 2010 beschlossen.

Insgesamt 108 Schüler besuchen die Verbandsschule. Die Umlage pro Schüler beträgt 1.778,70 €.

Die verlängerte Mittagsbetreuung wurde gut angenommen und soll bei entsprechendem Interesse der Eltern auch im Schuljahr 2010/11 weitergeführt werden.

Mit dem Busunternehmen AURO werden Unregelmäßigkeiten bezüglich der Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Schulbusse geklärt bzw. Lösungen angestrebt.

Für die Aufsicht an der Schulbushaltestelle Rathaus Stadtprozelten konnte eine neue Aufsichtsperson gefunden werden.

c) Abwasserzweckverband Südspessart

Der Verbandsversammlung wurde in ihrer Sitzung am 15.03.10 die überarbeitete Entwurfsplanung für die Sanierung und Erweiterung der Kläranlage vorgestellt.

Die in die Jahre gekommene Anlage bedarf einer umfassenden Erneuerung in fast allen Bereichen um wieder dem heutigen Stand der Technik zu entsprechen.

Hierfür sind in den Jahren 2011/12 Bau- und Einrichtungsmaßnahmen in einer Größenordnung von 5.000.000 € notwendig. Die Finanzierung erfolgt über Darlehensaufnahmen durch den Verband.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass der dann höhere Schuldendienst (Zins und Tilgungen) sich auf die Gebührenkalkulationen der Gemeinden auswirkt und zwangsläufig auch zu höheren Abwasserbeseitigungsgebühren für die Bürger führen wird.

Der Baubeginn für die Kläranlagenarbeiten wird im März/April 2011 sein.

d) Totenweg

Bgmin. Kappes begrüßte hierzu die beiden Initiatoren Frau von Loh und Herrn Wolf und bedankte sich für die gute Arbeit.

Derzeit stehen Wegsäuberungsaktionen an, die durch zwei Neuenbacher Bürger vorgenommen werden.

Etwaige Unterstützung von der MIA-Arbeitsagentur kann nicht mehr in Anspruch genommen werden, da die Mittel von der Bundesregierung hierzu gestrichen wurden.

e) FFW Stadtprozelten

Die FFW Stadtprozelten teilt mit, dass sie eine Ersatzbeschaffung eines Stromaggregates benötige, die Kosten hierfür würden sich auf rd. 2.400,00 € belaufen. Das bisherige Gerät sei alt und nicht mehr Normkonform.

Stadtrat Roth fragte nach, ob die FFW Neuenbuch auch eins besitze.

Stadtrat Birkholz bejahte dies.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten stimmt der Ersatzbeschaffung für ein Stromaggregat für die FFW Stadtprozelten für rd. 2.400,00 € zu.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	12	12	0

f) Kommune im Neuen Licht

Bgmin. Kappes gab dem Stadtrat zur Kenntnis, dass am 12.04.10 die Gewinner des Wettbewerbes „Kommune im Neuen Licht“ bei der „Light und Building“ Messe in Frankfurt bekanntgegeben werden.

g) Wanderwegmarkierungen

Bgmin. Kappes lobte in diesem Zusammenhang die gute Arbeit des Herrn Wolf und Frau von Loh – auch bezüglich der Wanderwege im Naturpark Spessart. Sie wies zudem darauf hin, dass hierfür auch noch Helfer gesucht werden und bat um tatkräftige Unterstützung.

TOP 7 BÜRGERFRAGEN ZUR TAGESORDNUNG

Der Bürger Herr Prokopf bat um das Wort; er möchte gleich wie die anderen

Anwesenden behandelt werden und seine Parksituation in der Birkenstraße schildern.

Herr Prokopf wurde von Bgmin. Kappes darauf aufmerksam gemacht, dass dies nicht die Tagesordnung betreffe. – Auf Beharren des Herr Prokopf wurde ihm erlaubt, sein Anliegen vorzutragen.

Herr Prokopf erläuterte sein Anliegen Anhang mitgebrachter selbst angefertigter Zeichnungen. Vorrangig gehe es um die eingezeichneten Parkplätze vor seinem Anwesen. Sein Nachbar Herr Schreck parke nicht korrekt in der Markierung, was ihn an seiner gegenüberliegenden Garageneinfahrt behindert.

Ihm mangelte es an der fehlenden Unterstützung durch die Bürgermeisterin und der Verwaltung.

Bgmin. Kappes verlies den Sitzungssaal von 21.50 – 21.55 Uhr.

Herr Prokopf forderte weiterhin ein Anschreiben an seinen Nachbar Schreck und eine Überwachung der Parkeinzeichnung, schließlich haben die Anlieger der Birkenstraße das gleiche Recht wie die Anlieger der Ringstraße. Zudem bemängelte er die Nichtahndung des Heckenüberwuchses in de Gehsteig seitens seines Nachbarn Schreck. Hier müsse die Gemeinde tätig werden.

2. Bgm. Kortus verwies auf die Zuständigkeit der Polizei.

Herr Prokopf referierte, trotz mehrmaliger Bitte ums Ende, in nicht mehr sachgemäßem und beleidigenden Ton weiter.

Erst nach mehrmaliger Androhung der Ausübung des Hausrechtes durch die 1. Bgmin. Kappes sowie den Stadträten Tauchmann und Haider verlies er die Sitzung.

.....
Claudia Kappes
1. Bürgermeisterin

.....
Regina Wolz
Schriftführerin